

Ganzjährig	6 fl. — kr.
Halbjährig	3 " — "
Vierteljährig	1 " 50 "
Monatlich	— " 50 "

Ganzjährig	9 fl. — kr.
Halbjährig	4 " 50 "
Vierteljährig	2 " 25 "

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Eingelne Nummern 5 kr.

Tagblatt.

Für die einseitige Petitzeile 1 kr., bei zweimaliger Einschaltung à 6 kr., dreimal à 7 kr., Inserationsstempel jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 19.

Samstag, 5. September.

Morgen: 14. Sonntag n. Trin. Magu. Montag: Regina.

1868.

Konfistorium und Volksschule.

Laibach, 5. September.

Der in unserem Blatte bereits mitgetheilte Gesekzentwurf des Landesanschlusses über die Durchführung der sprachlichen Gleichberechtigung ist eine neue, nur wenig veränderte, in der Auslegung viel dehnbarere Auflage des bekanntlich in zwei Landtagsessionen abgelehnten Bleiweiß'schen Sprachgesekzentwurfes. Schon damals wurde dagegen die Einwendung vorgebracht, warum man in einer Frage von solcher Tragweite, als es die Schulfrage ist, das Gutachten von Fachmännern nicht eingeholt habe. Die nationalen Blätter antworten darauf: was ist uns an der Einvernehmung unserer Gegner gelegen, es hat sich das Laibacher Konfistorium in sehr beifälliger Weise darüber geäußert.

Auch diesmal vermißt man im Berichte jeden Nachweis über die derzeitigen Verhältnisse des Schulwesens in Krain, und obwohl es unter dem Lehrstande der Volksschulen viele Anhänger nationaler Bestrebungen gibt, vermied man es von dieser Seite ein Votum hervorzurufen. Wahrscheinlich wird man sich auf das günstige Gutachten der leitenden Behörde des Volksschulwesens in Krain, d. i. des fürstbischöflichen Konfistoriums, abermal berufen.

Es ist daher angezeigt, eine nähere Analyse jenes bisher noch nicht in die Deffentlichkeit gedruckenen Gutachtens und seiner Genesis zu geben.

Das Ministerium Belcredi erblickte in den Sprachbeglückungstheorien der Nationalen ein wesentliches Förderungsmittel der staatlichen Prosperität, was war daher durch den Landtagsbeschluß, womit der Dr. Bleiweiß'sche Entwurf abgelehnt wurde, nicht eben angenehm berührt worden. Um daher den Nationalen zu zeigen, man hege Sympathien

für ihre Bestrebungen, wurde das fürstbischöfliche Konfistorium mit Erlaß des Staatsministeriums vom 22. März 1866 eingeladen, über folgende in den Landtagsverhandlungen hervorgehobene und von Fachmännern bestätigte Wahrnehmungen sein Gutachten abzugeben, und zwar:

1. woher es denn komme, daß die Ergebnisse des slovenischen Sprachunterrichtes einen befriedigenden Fortschritt, wie man ihn nach acht Jahreskursen zu erwarten berechtigt ist, nicht erkennen lasse?

2. daß vielseitig bei dem Sprachunterrichte eine Methode in Uebung ist, welche wenig geeignet ist, den literarisch-wissenschaftlichen Aufschwung der Sprache zu fördern und das Interesse für diesen Lehrzweig zu steigern;

3. daß die Schüler in den Hauptschulen weder Deutsch noch Slovenisch lernen.

Zugleich wäre zu erwägen, wie diesem Uebelstande abzuhelfen, und ob nicht etwa der vom Dr. Bleiweiß vorgeschlagene Modus zweckentsprechender wäre.

Außerdem wurden die Direktionen der Hauptschulen von der Landesregierung aufgefordert, Lehrerkonferenzen zu veranlassen, in denen die Frage, wann mit dem Unterrichte im Deutschen in der Hauptschule zu beginnen, einer reiflichen Erwägung zu unterziehen sei. Die hierüber eingelangten Gutachten der Lehrkörper lauteten fast ausnahmslos dahin, daß, soll der Unterricht im Deutschen ein gedeihlicher sein, mit demselben so früh als möglich, und zwar längstens im zweiten Semester der ersten Klasse begonnen werden solle. Diese Gutachten gingen nicht etwa von Männern aus, die eine Schwächlerung der slovenischen Sprache beabsichtigten, sondern von krainischen Lehrern, denen ihre Mutter-

sprache gewiß am Herzen liegt, ja der damalige Schuldirektor von Adelsberg Peter Hisinger, ein geachteter slovenischer Schriftsteller, trat in einer ausführlich motivirten Denkschrift für den auch vom Adelsberger Lehrkörper befürworteten möglichst frühen deutschen Sprachunterricht ein.

In jenem Gutachten finden sich übrigens manche beachtenswerthen Winke, die an das Licht der Deffentlichkeit gezogen zu werden verdienen. So äußerte sich der Lehrkörper einer Hauptschule, daß der feindselige Sprachenhader sehr viel Schuld daran trägt, daß die Schüler der Hauptschule bei dem Uebertritte ins Gymnasium oder in eine andere Lehranstalt weniger als vorhin deutsch kennen, weil sie schon durch ihre Hausinstruktoren und durch die jetzige Zeitrichtung eine größere Abneigung gegen die deutsche Sprache erhalten, dann weil sie untereinander nur slovenisch sprechen und, wenn sie vom Lehrer deutsch angesprochen werden, nur slovenisch antworten. Kurzum, auch bei den besten Schulbüchern geht in Folge des grümmigen Sprachstreites die deutsche Konversationsprache verloren.

Es sei ferner noch zu beweisen, ob das Kind mittelst der Muttersprache leichter das Deutsche lerne, für das Kind seien die slovenischen grammatikalischen Ausdrücke eben so schwer und noch schwerer, als die deutschen.

Die Hauptursache, daß eine Sache nicht gelingt, ist fast immer der Lehrer. Auch die beste Lehrmethode, die besten Schulbücher erreichen dort nicht den gewünschten Zweck, wo der Lehrer entweder ein leidenschaftlicher Nationale oder ein fahrlässiger Mann ist.

Man hätte erwarten sollen, daß diese Gutachten der Lehrkörper vom bischöflichen Consistorium bei Beurtheilung der vom Ministerium angeregten Fragen einer reiflichen Erwägung unterzogen wür-

Feuilleton.

Das nationale Kollis.

Eine Humoreske aus Ozechien.

Pan Jiri Erp, zu deutsch: Herr Georg Sichel, zählte sich mit Stolz zur Nation der Ozechoslawen. Klebte ihm auch theilweise der Schandfleck deutscher Abstammung an, denn sein Vater, Kanzeleidener des k. k. Steueramtes zu J., nannte und schrieb sich kurzweg Sichel, so hatte doch der Sohn den Offenbarungen des ozechischen Dreigestirns Palach, Brauner und Rieger gelauscht, trug stolz Czamara und Zistastock und nannte sich selbst bewußt Pan Jiri Erp. Von jeher hatte es das Schicksal auf große Männer abgesehen. Auch Pan Erp sollte die Wahrheit dieses Spruches an sich erfahren. Oder war es etwa nicht blutige Ironie des Fatums, daß er, der Vollblutzeche, seine Dienste einem deutschen Handlungshause widmen mußte? Herr Großmichel, so hieß der Chef Pan Erp's, war Besitzer einer Glashütte zu F. Daß ein Mensch, der Großmichel heißt, nur ein Deutscher sein kann, bedarf keiner

Erörterung. Die Wahrheit zu sagen, huldigte indessen Herr Großmichel in nationaler Beziehung dem vollständigen Utraquismus, d. h. er nahm Geld ohne Unterschied von Deutschen und Ozechen und fluchte mit seinem Personal bald „Heiligdonnerwetter," bald „Zatracyen" und besegte alle nationalen Bestrebungen, gleichviel, von welcher Seite sie kamen, kurzweg mit dem Namen „Ezeleien." Insofern hätte also Pan Erp mit seiner Stellung zufrieden sein können. Was ihn aber wurmte, war, daß alle Briefe des Hauses deutsch geschrieben werden mußten, so daß er des lieben Brotes wegen sich gezwungen sah, auch seine Hand zu diesem nationalen Frevel herzugeben. Zu den besonderen Obliegenheiten Pan Erp's gehörte es, die Waarenlisten mit den betreffenden Aufschriften zu versehen. Es gab ihm jedesmal einen Stich ins Herz, wenn er die Worte: „Nicht stürzen," „Vorsicht" u. s. w. auf eine solche Liste schreiben und damit fremden Nationen das demüthigende Geständniß machen mußte, das Land der h. Wenzelskrone befinde sich noch immer in den Händen der „deutschen Hender." Eines Abends hatte Pan Erp im Wirthshause einen schwungvollen Artikel in seinem Lieblingsblatte, den „Narodni Listy" gelesen, worin jeder echte „Blastenc," d. h. Patriot,

beim Andenken Libussa's, Przemysl und König Wenzels, durstigen Angedenkens, beschworen ward, nur in der „alleräußersten Nothwendigkeit" deutsch zu sprechen, und gerade an diesem Tage hatte Pan Erp wieder ein Duzend Kisten mit deutschen Aufschriften versehen müssen! In schwermüthiges Sinnen über das Geschick seines geknechteten Volkes versunken, kehrte er im Mondenschein nach Hause zurück, Im Hofe standen die zur Absendung bereiten Kollis. Von jeder Kiste grinste ihm höhnisch das Wort „Vorsicht" entgegen. Nur die letzte und größte trug noch keine Aufschrift, wahrscheinlich, weil die Leute sie erst nach Schluß der Komptoirstunden herbeigeschaft hatten, aber schon standen Farventopf und Pinsel zum schmücken Werke bereit daneben.

Da zuckte die Idee einer großen nationalen That durch Pan Erp's Gehirn. Er war allein; nur der Mond, der Verschwiegene, sah ihm zu. Rasch faßte er den Pinsel, schrieb mit markigen Lettern auf den Deckel der Kiste das Wort „Pojoz" und stieg dann stolz hinauf nach seinem Schlafgemache. Niemand hatte die kühne That gesehen, und eine Entdeckung brauchte er nicht zu fürchten, denn die Kisten wurden ja früh Morgens unter seiner Aufsicht nach dem Bahnhofe geschafft. Alles

den. Doch die geistlichen Leiter des Volksschulwesens in Krain hielten das ganz und gar für überflüssig, sie entschieden sich mit 10 gegen 4 Stimmen für den Dr. Bleiweis'schen Antrag, wornach an den Haupt- und Mittelschulen die ausschließliche Unterrichtssprache sein und das Deutsche nur als ein Lehrgegenstand in der dritten und vierten Klasse behandelt werden soll. Man würde vermuthen, das vom Consistorium abgegebene Gutachten vom 8ten November 1866 enthalte triftige Gründe, warum man eine vom Gutachten der Lehrkörper abweichende Anschauung vertrat. Doch ist dies keineswegs der Fall. Das Consistorium reproducirte nur jene einseitigen, das praktische Bedürfnis völlig verkennenden Anschauungen, wie sie die „Novice“ ihren Lesern als angeblichen Volkswillen aufzutischen pflegt.

Von einer Berücksichtigung der Wünsche der Gemeinden will das Consistorium gar nichts wissen. Ja es verdient zur Kennzeichnung des humanen Geistes, der die oberste Schulbehörde in Krain befehlet, folgende Stelle aus dem berührten Gutachten veröffentlicht zu werden:

„In der Trivialschule soll gar nicht Deutsch gelehrt werden. Das Bedürfnis der deutschen Sprache für die Masse des Volkes existirt hierlands nur in der Einbildung (!!!). Nicht 10 pCt. der Bevölkerung braucht eine fremde Sprache. Wenn sich manche auf hie und da geäußerte Wünsche des Volkes berufen, so haben diese gar keine Bedeutung. Sie haben ihren Grund in der bisherigen gänzlichen Zurücksetzung der slovenischen Sprache und in der irrigen Vorstellung, daß man das Deutsche darum in der Volksschule lerne, um die deutsche Sprache in den Kanzleien zu verstehen. Die Einsetzung der slovenischen Sprache in ihre natürlichen Rechte würde alle diese auf unrichtigen Prämissen beruhenden Wünsche zum Stillschweigen bringen. Die Schule soll Bildungsanstalt für das Volk sein, kein Lehrstuhl für fremde Sprachen. Die Mittelschule macht es wohl wünschenswerth, daß in der Haupt- und Mittelschule der Grund zur Erlernung des Deutschen gelegt werde, doch die Unterordnung der Volksschule unter die Mittelschule, diese ihre Konzeption an fremde Zwecke, gerichtet der eigentlichen Bestimmung der Volksschule zum Abbruch.“

Jeder billig denkende Leser muß darüber staunen, solche abgenützte Phrasen in dem Votum einer Behörde zu lesen, die denn doch vor allem für die Wünsche des Volkes nicht taub sein sollte.

Bei solchen Anschauungen der leitenden Behörde des Volksschulwesens in Krain ist gewiß die Forderung der Jetztzeit: Trennung der Schule von der Kirche, eine gerechtfertigte.

Mag auch bei allen Behörden in Krain, in allen Aemtern das Slovenische als Amtssprache eingeführt, mag das Deutsche aus den Kanzleien gänzlich

lich verbannt werden, so würden doch die geistlichen Herren des Consistoriums abermal die nämlichen Wünsche der Bevölkerung nach dem deutschen Sprachunterrichte zu hören bekommen. Nicht wegen den Kanzleien, sondern wegen des Verkehrs, wegen der Erleichterung des Fortkommens, wegen der fortschreitenden Bildung darf dem Volke die Möglichkeit des deutschen Sprachunterrichtes nicht benommen werden.

Doch so einseitig auch jenes Votum des bischöflichen Consistoriums mit vornehmer Ignoranz berechtigter Wünsche des Volkes ausfiel, dürfen wir nicht verschweigen, daß ein im Schulsache erfahrener Konsistorialrath bezüglich des Bleiweis'schen Gesetzes ganz andere Anschauungen in jener Körperschaft vertrat, daß er ein Separatvotum abgab, welches in treffender Weise die Tendenz des Bleiweis'schen Sprachgesetzes dahin kennzeichnet: es zielt auf die Beseitigung des Deutschen in den Mittelschulen ab, und es wäre viel ehrenhafter gewesen, zu sagen: in Krain soll der Unterricht so eingerichtet werden, daß in der nächsten Generation niemand mehr ein Wort deutsch versteht.

Landtagsverhandlungen.

Achte Sitzung des krain. Landtages am 5. September. Beginn der Sitzung 10 Uhr 20 Minuten.

Nach Verlesung des Protokolls theilt Präsident den Inhalt der eingelaufenen Petitionen mit:

a) Der Stadtvertretung von Idria um Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der dortigen Haupt- und Werksschule bei der Verathung des Gesetzes über die Durchführung der sprachlichen Gleichberechtigung;

b) des Unterstützungsvereins der philosophischen Fakultät der Wiener Universität um eine entsprechende Subvention;

c) der Gemeinde Feistritz in der Wochein um Aufhebung der politischen Sequestration;

d) der Gemeinde Mitterdorf in der Wochein um Befreiung der Grundlasten- und Servitutentlastung.

Weiters wurde ein Gesetzentwurf wegen Abänderung des § 87 des Gemeindefatutes der Stadt Laibach eingebracht, der in Zukunft zu lauten hätte: Zur Gültigkeit eines Gemeinderathsbeschlusses ist die Anwesenheit von 16 Mitgliedern und die absolute Mehrheit der Abstimmenden nothwendig. Erscheint nicht die beschlußfähige Anzahl, so kann gegen jeden ohne triftigen Grund nicht erschienenen Gemeinderath eine Geldstrafe von 20 fl. vom Bürgermeister verhängt werden, nach zweimaliger Verhängung dieser Strafe wird der Richterschiedene seines Amtes verlustig.

Unterschieden ist dieser Antrag von Dr. Bleiweis, Pfarrer Pintar, Graf Barbo, Tancar, Zagorc, Kramarič, Dr. Preuz, Dr. Toman, Grabrijan und Ritter v. Gariboldi.

Als erster Gegenstand der Tagesordnung wird der slovenische Bericht des Ausschusses über die Prüfung der Wahl Mulej's vom Berichterstatter Svetec vorgelesen. Die Anträge des Ausschusses lauten: 1) Die Wahl Mulej's ist nicht anzuerkennen; 2) der h. Regierung werde der Wunsch ausgesprochen, daß für die künftige Wahl auf gleichförmiger Basis die Anfertigung der Wählerlisten von Oberlaibach und Adelsberg statfinde.

Landespräsident von Conrad erklärt: Die Regierung kann auch zukünftig die Wahl nicht anders vollziehen lassen, als dies bisher der Fall war, sie müsse die Gemeindeautonomie wahren und für sie seien im vorliegenden Falle, wo Oberlaibach nach zwei Wahlkörpern sich constituirte, nur die Wünsche der Gemeindevertretung maßgebend gewesen; dem Landtag stehe übrigens das Recht zu, eine Aenderung des § 13 der Gemeindeordnung zu beschließen.

Dr. Kaltenecker ergreift das Wort und weist nach, daß der Wahlakt formell gesetzlich unantastbar sei, daß keinerlei Reklamation dagegen eingelangt, daß selbst für den Fall, als alle jene Wähler von Oberlaibach, die bei einer Konstituierung nach drei Wahlkörpern zu entfallen hätten, in Abzug gebracht würden, Mulej noch immer die absolute Majorität der Stimmen für sich habe. Im vorliegenden Falle sei die unds gezogene Grenze das Gesetz, das Maß des Handelns liege in der Achtung vor dem Gesetze (Beifall.). Er beantragt die Agnoszierung von Mulej's Wahl.

An der weitem Debatte theilten sich Dr. Toman, Deschmann, abermals Toman, Kromer, Dr. Preuz, Dr. Costa, Dr. Bleiweis, schließlich der Berichterstatter Svetec. Die mitunter durch stürmische Episoden unterbrochene Debatte, in der Deschmann und Kromer das Gebaren der nationalen Majorität einer vernichtenden Kritik unterzogen, gegen die die Ausführungen der nationalen Wortführer nicht frei von persönlichen Ausfällen waren, übrigens aber in den gewöhnlichen Gemeinplätzen der Wahrung des Gesetzes und der Rechte der Nation sich bewegten, endigte mit der Annullirung der Wahl Mulej's, wofür bei der namentlichen Abstimmung 18 gegen 12 stimmten. Hierauf deponirt Baron Apfalktrern den Protest der Minorität gegen diesen gesetzwidrigen Akt, was zu Erörterungen zwischen Dr. Toman und dem Präsidenten führte, bei denen der erstere zu wiederholten malen die Grenzen der parlamentarischen Ordnung überschritt.

ging nach Wunsch, Pan Erp begleitete am andern Tag die Kollis zur Eisenbahn und kehrte hierauf, sich vergnügt die Hände reibend, nach dem Komptoir zurück. Die Kollis aber traten noch an demselben Abend ihre Wanderung nach Hermannstadt in dem fernen Siebenbürgen an. Der Zufall wollte es, daß der Bahnbeamte zu Brunn, welcher die Anmeldung der Kollis leitete, ein Gefinnungsgegnosse Pan Erp's war. Da auch er sich der nationalen That freute, so ward auf seinen Befehl dem „nationalen Kollis“ die rücksichtsvollste Behandlung zu Theil. Aber schon in Wien änderte sich die Sache. Der Bodenmeister der Nordbahn, ein Verchensfelder, besah sich eine Weile kopfschüttelnd den Ankömmling aus Czechien. „Kruzitürken!“ rief er endlich, „was ist den das für eine verfluchte Aufschrift! Da kommts her, Männer! wißt Ihr vielleicht, was das verfluchte Wort bedeutet?“ Unter den aufgerufenen Packern, die sich gleichfalls kopfschüttelnd um das Kollis versammelten, befand sich zum Glück ein Abkömmling Livussas. „Vozor“ haßte, „Vorsicht,“ Pane Bodenmeister!“ sagte Franzischek, „wird sein Glas in Riste.“ „Na,“ rief der Bodenmeister unmutig, „das fehlt uns gerade noch, daß wir auch hier noch böhmisch lernen sollten,

hier bei der Eisenbahn. Paßt's auf, Leute, daß's mir nichts zerbricht!“ In Pest wiederholte sich die Szene des Kopfschüttelns: „Bassom as Isteni!“ fluchte der lange Gabor, der Bodenmeister, ein Vollblutmagyar vom reinsten Wasser. „Was ist das verdammtes Wort, was kann der Mensch nit lesen!“ Der Zufall wollte, daß auch hier ein Premysslide zur Hand war, welcher über die räthselhafte Inschrift Aufschluß gab. Die Entdeckung, daß das Wort böhmisch sei, war aber für den langen Gabor zu viel. Die Zornesader auf seiner Stirne schwoll. „Ebata, böhmisches Schwab!“ fluchte er. „Warum schreibt nicht verfluchtes böhmisches Schwab magyarisch, wenn nicht will schreiben deutsch! da Schwupp!“ bei dem Worte „Schwupp“ gab er dem Kollis einen Tritt, daß es unterst und zu oberst über den Perron hinabfugelte. Ein langgehaltener Klagen aus dem Innern der Riste war die Antwort auf die schändliche Behandlung. Der lange Gabor und seine Genossen brachen in ein lautes Gelächter aus, in welches der entartete Bürger des czechischen Reiches gleichfalls mit einstimmt. Davon, wie es dem „nationalen Kollis“ in Temesvar und weiter hinab bis zum Orte seiner Bestimmung unter den Wallachen, Szeklern und Sachsern erging, schweigt

die Geschichte. Herr Großmichel jedoch erhielt etwa vier Wochen nach Pan Erp's nationaler That folgenden Brief von seinem Geschäftsfreunde aus Hermannstadt: „Die uns mit Ihrem Werthen von . . . frakturirten Kollis Nr. 1—11 sind uns heute bestens zugekommen. Wir bedauern indessen, Ihnen die unangenehme Mittheilung machen zu müssen, daß Kollis Nr. 12, obwohl äußerlich unbeschädigt, nur gänzlich zerbrochene Waare enthielt. Wie bei der sonst guten Verpackung dieses Malheur sich ereignen konnte, ist uns unbegreiflich. Wahrscheinlich ist es dem Umstand beizumessen, daß die Riste statt der allgemein gebräuchlichen Aufschrift „Vorsicht“ das gänzlich unverständliche Wort „Vozor“ zeigt. Da wir keine Schuld an dem Unglücke tragen, so verzieht es sich, daß wir die Riste zu Ihrer Disposition stellen müssen. Wir bitten Sie also, den frakturirten Betrag 20. 20.“ Welches Gesicht Herr Großmichel beim Lesen dieses Schreibens machte, kann sich der freundliche Leser leicht denken. „Das hat kein anderer Mensch gethan, als der Erp!“ schrie er wüthend, von seinem Sitze aufspringend und zur Thüre seines Kabinetts eilend. „Erp! Erp! kommen sie einmal herein!“ Nichts Gutes ahnend, nähert sich der Gerufene. „Hier lesen Sie!“

Wir werden im nächsten Blatte den ausführlichen Bericht über diese Verhandlung bringen. Die Sitzung schloß erst nach 2 Uhr.

Vokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

Vokal = Chronik.

(Eine katholische Italica in Laibach) soll, wie „Danica“ meldet, demnächst gegründet werden, die Anregung hierzu ging von einigen Laien aus, Zweck des Vereins wäre, durch gute Zeitungen die katholische Politik zu verbreiten, ferner die Gründung einer Bibliothek von approbirten belletristischen und anderen Werken belehrenden Inhaltes zur Läuterung des Geschmacks für christliche Belletristik, endlich Unterhaltung durch Konversation, Deklamation und erlaubte Spiele.

(Ein Schlüssel) zu einer Wertheim'schen Kasse ist gefunden worden. Der Verlustträger wolle sich in der Wechselstube des Herrn Domenig melden.

(Herrn Friedrich von Formacher) Ebler auf Lilienberg, Finanzkonsipist beim hiesigen Hauptsteueramte, wurde vom Justizminister die erledigte Notarstelle in Rudolfswerth verliehen.

(Blühender Akazienweig.) Der erste Akazienbaum in der Sternallee an der Ecke gegen die Theatergasse zu hat einen dünnen Ast, der in schönster Blüthe prangt, während die übrigen frischen Zweige bereits die Früchte angefüllt haben.

Aus dem Vereinsleben.

Konstitutioneller Verein in Laibach. Derselbe hielt gestern Abends im Saale der Schießstätte seine vierte außerordentliche Versammlung, welche von 82 Mitgliedern besucht war; den Vorsitz hatte Dr. Suppan inne, Dr. Schaffer war Schriftführer.

Zunächst wurde das Protokoll der letzten Versammlung genehmigt und die Mittheilung entgegengenommen, daß der Verein bereits über 400 Mitglieder zähle.

Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Debatte über die Dr. v. Kaltenegger'schen Anträge in Betreff der Aenderungen der Landtagswahlordnung und der Dringlichkeitsantrag des Konzipsisten Dimity, daß der Verein das dem Landtage vorgelegte Gesetz über die Durchführung der Gleichberechtigung des Slovenischen in Schule und Amt in Erwägung ziehe.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung anbelangend, begründete zunächst Dr. v. Kaltenegger den dritten Antrag: Es sei bei der Vertheilung der Abgeordneten der größeren Wählerzahl der Vorzug zu geben vor der größeren Steuerentrichtung; hierbei wies derselbe auf ästhetische Anschauungen im schlesischen Landtage hin, betonte die persönliche Natur des Wahlrechtes und bemerkte, daß der Landesausschuß, lediglich nur um Innerkrain drei Abgeordnete zu geben, dem Bezirke Adelsberg sammt Adneren zwei Abgeordnete zugetheilt habe. Nachdem hierzu noch Dr. Schaffer beigefügt hatte, daß der Landesausschuß kein Prinzip, weder das der Steuerentscheidung noch das der Einwohnerzahl, anzuerkennen scheine und daß im ersten Falle der Bezirk Loisch-Idria-Laas, im zweiten Falle der Bezirk Gottschee-Neizitz-Großlatschitz, niemals aber der früher genannte zwei Abgeordnete zu wählen hätte, wird der Antrag Dr. v. Kaltenegger's angenommen. Der vierte Antrag: Das Wahlrecht der Gemeinden oder sonstigen Korporationen wird durch die hierzu besonders gewählten Mandatare ausgeübt, nimmt

rief Dr. Großmichel, indem er seinem Gehilfen den verhängnißvollen Brief unter die Nase hielt. Leichenblässe überzog Pan Erp's Gesicht. Er versuchte etwas von „nationaler Gleichberechtigung“ zu stammeln. „Hören Sie, Herr, oder wenn Sie lieber wollen Pan Erp!“ sagte Herr Großmichel, „Sie wissen, daß ich mich um Euren nationalen Schwindel nicht kümmern. Meinethwegen können Sie zwei Chamara's übereinander anziehen und mit drei Zisklastöcken zugleich herumlaufen! Wenn aber das Geschäft unter ihren Verrücktheiten leidet, dann geht das Ding über den Spieß! Ich könnte mich wegen des Schadens an Sie halten; da ich aber weiß, daß Sie nichts haben, so schenke ich Ihnen den Ersatz. Sie verlassen jedoch von diesem Augenblicke an mein Komtoir! Ich empfehle mich Ihnen Voroppeim sel!“ Pan Jiri Erp wankte stumm hinaus und Groß-Gezehien zählte einen nationalen Märtyrer mehr.

die Versammlung nach einigen kurzen Bemerkungen des Antragstellers ebenfalls an.

Sodann stellt letzterer einen neuen, früher nicht aufgenommenen Antrag: Ein Steuerrückstand aus dem Vorjahre hindert nicht an der Ausübung des Wahlrechtes; dieser Antrag wird nach kurzer Begründung Dr. v. Kaltenegger's als fünfter angenommen. Hinsichtlich der Frage des Jenus erklärte dieser keinen Antrag stellen zu wollen, wogegen Dr. Gausler in der Erwägung, daß das Wahlrecht ein politisches Recht, daß auch der minder Bemittelte an dem Schicksale des Landes interessiert sei, daß Landes- und Gemeindegemeinschaften zwar verschieden, aber beide gleich wichtig seien, daß gerade die ärmere Klasse oft liberaler und fremden Einflüssen weniger zugänglich sei, als die Bemittelten, daß letztere vielmehr von Nationalen und Klerikalen gestützt werden, daß schließlich der konstitutionelle Verein stets den Prinzipien des Fortschrittes huldigen müsse, — beantragte, daß derjenige, der das Recht habe, in die Gemeindevertretung zu wählen, auch landtagswahlberechtigt sei.

Nach kurzer Debatte nimmt die Versammlung auch diesen Antrag an. Es folgte nun die Frage wegen des Wahlrechtes der Frauen. Dr. Kaltenegger stimmte dem Landesausschuße bei, wornach die Frauen durch ihre Ehemänner oder einen andern Mandatar ihr Recht ausüben; Dr. Gausler fand den frühern Modus, wornach die Frauen selbst wählen durften, besser und stellte einen Antrag auf dessen Befassung; Deschmann hob hervor, daß sich das nur auf die Frauen in den Städten und Märkten, nicht auch auf jene in Laibach bezog, die dann jedenfalls zu kurz kämen; Dr. Kaltenegger replizierte, daß es sich hier nicht um das Recht, sondern um dessen Ausübung handle, und letztere werde durch den Vorschlag des Landesausschusses gewiß erleichtert. Bei der Abstimmung fiel Dr. Gausler's Antrag. Den früheren fünften Antrag, wegen Verlust des Wahlrechtes bei Vergehen aus Gewinnucht, zog Dr. v. Kaltenegger zurück, ging hierauf auf die Frage der Wahlfreiheit über, zeigte, welche Unzulänglichkeiten durch die Zulassung der Kandidaten zum Wahlacte entstehen würden, und stellte in dieser Richtung zwei Anträge: Einmal, daß nur dem zur Wahl Berechtigten die Anwesenheit im Wahllokale gestattet sei, und dann, daß der Mangel der Legitimationskarte allein den Wähler weder am Eintritte in das Wahllokale hindern, wenn sein Name in der Liste der Wähler eingetragen ist, noch am Verbleiben in demselben, und in der Ausübung des Wahlrechtes; wenn die Identität seiner Person von der Wahlkommission anerkannt wird. Bei der Debatte frug zunächst Sedry, wie die Kommission in solchen Fällen entscheiden soll? Dr. Kaltenegger erwiderte, daß dies ganz wie in andern Wahlfragen bei einer Wahl geschehen werde; Dr. Keesbacher bemerkte, daß man den Kandidaten als Wählern den Eintritt ins Wahllokale nicht verwehren können, und daß daher die Ausschließung derselben illusorisch sei; Prof. Heinrich meinte, wenn der Mangel der Karte nicht am Eintritte hindere, so könnten stets Unberufene eindringen und den Wahlakt stören; Dr. Kaltenegger sagte schließlich, man habe zwischen zwei Uebeln, dem Eindringen Nichtberechtigter und der unbilligen Ausschließung Berechtigter, zu wählen, hierbei sei aber letzteres das kleinere; bei der Abstimmung werden beide letztgenannten Anträge angenommen. Als letzten Antrag schlug Dr. v. Kaltenegger vor: Es seien die Landtagsabgeordneten anstatt in mündlicher Stimmenabgabe, durch Stimmzettel, welche persönlich an die Wahlkommission abzugeben sind, zu wählen. Dr. Uranitsch ergriff dazu das Wort und fand, daß der Antrag mit Rücksicht auf die vielen Wähler nicht praktisch sei, die am Lande und selbst in Städten nicht schreiben können, und auf diese Weise bei der Abgabe der Stimmzettel zu sehr fremden Machinationen ausgelegt sein würden, namentlich befürchtete er für die Landbewohner dießfalls eine Beeinflussung seitens der Geistlichen; er stellte deshalb den Antrag, in der Stadt sei schriftlich, am Lande mündlich abzustimmen.

Dagegen bemerkte Dr. Schaffer, daß es sich hier um ein Prinzip handle, daß der Verein sich zu einer bestimmten Ansicht bekennen müsse, daß es nicht angehe, theils diese, theils jene Abstimmung zu befürworten, daß Opportunitätsgründe nicht entscheidend sein können, daß übrigens der Terrorismus auch bei einer mündlichen Wahl am Lande gewiß nicht weniger von Einfluß auf die Wähler sein werde, als bei einer schriftlichen; er empfahl daher Dr. Kaltenegger's Antrag, der auch angenommen wurde. Schließlich sprach Dr. v. Kaltenegger aus, daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn der Verein sich auch über die Kompetenzfrage, ob die bisher debattirten Aenderungen dem Landtage oder dem Reichstage zustehen, aussprechen würde; Deschmann entgegnete, daß der Verein heute nicht in der Lage sei, eine solche Entscheidung zu treffen, und daß es sich für denselben zunächst nur darum handle, daß überhaupt eine liberale Wahlordnung zu Stande komme; Dr. Kaltenegger bemerkte hierzu, daß er nur eine Diskussion gewünscht hätte, weil die Frage bald eine brennende sein werde, er stelle aber keinen Antrag.

Nun stellte der Vorsitzende Dr. Suppan die Anfrage, welche Behandlung die angenommenen Anträge erfahren sollen. Dr. Schaffer beantragte, sie in einer motivirten Petition zur Kenntniß der Regierung zu bringen; Dr. Gausler stellte den Antrag auf eine solche Petition an den Landtag, indem dieser Vorgang forrechter und einfacher sei; Heimann endlich schlug vor, eine Petition sowohl an die Regierung als an den Landtag zu richten. Nachdem Karl v. Kaab wiederholt, ebenso Keesbacher und Deschmann für Dr. Gausler's Antrag gesprochen, Dimity die Wirkung der Presse in dieser Beziehung hervorgehoben

und Dr. Schaffer seinen Antrag zurückgezogen hatte, wurde Dr. Gausler's Antrag angenommen, jener Heimann's abgelehnt, die Ausführung der Sache aber dem Ausschusse überlassen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war, wie schon erwähnt, ein Dringlichkeitsantrag bezüglich des Gesetzes über die Gleichberechtigung der slovenischen Sprache in den Schulen und Aemtern; zuerst ergriff der Antragsteller Konzipsist Dimity das Wort, wies auf die Wichtigkeit dieses Gesetzes hin, bemerkte weiter zu den Motiven des Landesausschusses, daß derselbe nicht innerhalb der Grenzen des Entwurfes vom Jahre 1866 geblieben sei, wie behauptet wird, sondern heute weiter gehe; damals seien in den Mittelschulen viel weniger Gegenstände zum slovenischen Vortrage bestimmt und dieselben auch genau präzisirt gewesen. Redner führte weiter an, daß schon 1866 nicht nur im Landtage, sondern auch anderwärts (Zoria, Neumarkt) das Gesetz auf Widerstand gestoßen sei, daß auch gegenwärtig kein praktisches Bedürfniß ein neues Gesetz erfordere, das letzteres durch zwangswise Einführung des Slovenischen in den Volksschulen die Autonomie der Gemeinden beeinträchtige, welchen bisher gesetzlich die Freiheit in der Wahl der Schulsprache gewahrt war, daß gerade durch das neue Gesetz in den Mittelschulen die wahre Gleichberechtigung verletzt werde, indem bei einem doppelsprachigen Unterrichte offenbar ein Theil der Schüler zu kurz kommt, daß endlich der Landesausschuß keine Fachmänner konsultirt hätte, welche von einem pädagogisch zweifellos schädlichen Entwurfe gewiß abgerathen hätten. Schließlich stellt er den Antrag, daß der Verein in Anbetracht der angeführten Motive an den Landtag eine Petition um Ablehnung des fraglichen Gesetzes richte. Als nächster Redner betonte Deschmann, daß das neue Gesetz nichts anderes bezwecke, als die deutsche Sprache zunächst aus den Volksschulen und damit implizite mit der Zeit aus den Mittelschulen zu verdrängen, daß die Kinder schon jetzt, wo dem Deutschen meist 18 Stunden und längstens von der zweiten Klasse an gewidmet sind, die Sprache kaum genügend erlernen und daß daher künftig, wo dieser Unterricht nur in der 3. und 4. Klasse in nur wenig Stunden wöchentlich stattfinden soll, die Erlernung derselben rein unmöglich sei. Der Redner bedauerte ferner, daß Fachmänner und die beteiligten Gemeinden nicht gefragt wurden, zeigte, wie das künftige Fortkommen und wissenschaftliche Ausbildung unserer Jugend durch das neue Gesetz schwer geschädigt werden und schloß sich endlich aus allen diesen Gründen dem gestellten Antrage vollkommen an. Im Verlaufe der Debatte hob Heimann aus einem Aufsatze in den Mittheilungen der hiesigen juristischen Gesellschaft hervor, daß mehr als 38.000 Krainer in der Fremde leben, welche auf eine vollkommene Kenntniß der deutschen Ansprache angewiesen sind und die gerade jetzt durch das neue Gesetz so sehr beeinträchtigt werden soll. Dr. Keesbacher zeigte sodann, in welcher hohem Grade das praktische Bedürfniß dem neuen Gesetze widerstreite und wie sehr die materiellen Interessen des Landes dabei leiden würden; er meinte weiter, er sei von der Unhaltbarkeit der beabsichtigten Maßregeln gegenüber den Anforderungen des Lebens so überzeugt, daß er nicht zweifle, es werde das neue Gesetz, wenn jemals eingeführt, wieder aufgeben werden müssen; in dessen sei es Pflicht des Vereins, solche Nachtheile zu verhüten und sich thätlichst um deren Abwendung zu bemühen.

Als letzter Redner nahm Prof. Heinrich das Wort und bekämpfte das neue Gesetz in gründlichster Weise vom pädagogischen Standpunkte aus. Man pflegt eine humanitäre, eine staatliche und eine nationale Pädagogik zu unterscheiden; erstere wurde bisher in Oesterreich hauptsächlich gepflegt, die zweite in Preußen, die dritte in Frankreich; jede hat ihre Berechtigung, die letztgenannte die geringste und bei Nationen, die nie für sich allein eine staatliche Selbständigkeit erlangen können, wie die Slovenen, ist sie geradezu schädlich. Das neue Gesetz betritt den Weg dieser schädlichen nationalen Pädagogik und will künftig, wie die Motive vertragen, noch weiter gehen, indem die gegenwärtigen Aenderungen nur als derzeitige bezeichnet werden. Als Leiter der Ausnahmepflicht in das Gymnasium, bemerkte Redner weiter, machte er die Erfahrung, daß schon jetzt unter allen aufzunehmenden Schülern jährlich kaum fünfzehn wirklich genügende Kenntnisse in der deutschen Sprache besitzen, und wie würde sich die Sache demnach künftig gestalten?

Die Folgen des neuen Gesetzes wären für unsere Jugend in wissenschaftlicher Beziehung unübersehbar und auch materiell sehr empfindlich. Die Methode eines zweisprachigen Unterrichts, wie ihn das neue Gesetz in den Mittelschulen einführen will, raubt erstens viel kostbare Zeit, weil die Schüler beide Sprachen schlechter verstehen; sie bewegt sich immer mehr in Form und kann weniger in die Sache eindringen und ist auch nicht gerecht, weil es am Ende die deutschen Schüler immer bei den deutschen Lehrern und die slovenischen bei den slovenischen besser haben würden; diese Methode hindert endlich eine homogene Entwicklung und ein tiefes wissenschaftliches Streben wirklich talentirter Schüler, da beides nur bei vollkommenem und gründlichem Unterrichte in einer Sprache erzielt werden kann. Erkennt man eine slovenische Mittelschule als absolut nothwendig an, so errichte man ganz getrennte Lehranstalten, nur kein Utraquismus; der ist, wie die Praxis schon gezeigt hat, unbedingt schädlich und von allen Fachmännern verworfen. Der Landesausschuß ist übrigens ganz infolgequent, da er den Utraquismus in der Volksschule verwirft und in der Mittelschule einführen will.

Bei der hierauf erfolgten Abstimmung ward der Antrag Dimity's sammt der Begründung der folgenden Redner angenommen und die Sitzung um 1/2 vor 10 Uhr geschlossen.

Witterung.

Laibach, 5. September.
Nachts heiter. Morgenebel. Herrlicher Vormittag.
Heiß. Mittags Wärme: + 20.3 (1867 + 21.2, 1866 + 17.7.) Barometerstand: 328.34 Par. Linien. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 14.7°, um 1.7° höher als das normale Tagesmittel.

Angewandte Fremde.

Am 4. September.
Hôtel Stadt Wien. V. Mayer, Kaufm., Wien. — Weber, Kaufm., Triest. — Musquitter, Kaufm., Großkanische.
Hôtel Elefant. Jos. u. Karl Schönbauer, Wien. — Alois Kraus, Wien. — Leopold Eisenhög, Kaufm., Wien. — Moritz Kronberger, Kaufm., Pöpa. — Conti Boselli, Pöpa. — L. Morday Ritter v. Daxenfeld, Triest. — Jos. Grablovitz, Triest. — Franz Reba v. Castelletto, Herr. Generalkonsul, Graz. — Dr. Gausner, Stein. — Kupnik, Privatier, Triest.

Telegramme.

Wien, 4. September. Justizminister Dr. Herbst will die klerikalen Elemente bei den einzelnen Gerichtshöfen entfernen.
Prag, 4. September. Die Bischöfe wollen jener Landtagsführung beiwohnen, in welcher über das Schulaufsichtsgesetz verhandelt wird.
Krakau, 4. September. Man macht bereits Vorbereitungen für den Empfang des Kaisers.
Telegraphischer Wechselkurs vom 5. September.
5perc. Metalliques 58. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.30. — 5perc. National-Anlehen 62.70. — 1860er Staatsanlehen 84.10. — Vausactien 72.5. — Creditactien 212.70. — London 114.70. — Silber 112.65. R. I. Ducaten 5.44.

Geschäftszeitung.

Aktien der Kronprinz-Rudolfsbahn. Die Einzahlungen auf diese Aktien sind, u. z. die vierte Ende September, die fünfte Ende Oktober zu leisten. Dabei wird bemerkt, daß falls die Strecke St. Michael-Wiltsch vor den erwähnten Einzahlungsterminen eröffnet wird, den Aktionären die frühere Einzahlung freisteht und der Umtausch der Interimscheine gegen Aktien sogleich erfolgt. Die Vollzahlung bringt belamlich den Aktionären dieser Bahn den Vortheil, daß von da an nicht mehr nur das wirklich eingezahlte Kapital, sondern die ganzen Aktien zu 200 fl. mit 5 pCt. in Silber ohne Steuerabzug halbjährig verzinst werden.

Marktbericht.

Laibach, 5. September. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 20 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 46 Str. 37 Pfd., Stroh 46 Str. 68 Pfd.), 40 Wagen und 5 Schiffe (36 Klafter) mit Holz.
Durchschnitts-Preise.

	Mtl.		Woch.			Mtl.		Woch.	
	fl.	kr.	fl.	kr.		fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen pr. Mdg.	4 70	5 20	Butter, Pfund	42					
Korn	3 10	3 20	Eier pr. Stück	2					
Gerste	2 30	2 96	Milch pr. Maß	10					
Hafers	1 80	2	Rindfleisch, Pfd.	21					
Halbfrucht		3 80	Kalbsteisch	24					
Heiden		3 10	Schweinefleisch	24					
Hirse	2 10	2 94	Schöpfensfleisch	14					
Anturung		3 10	Häbndel pr. St.	30					
Erbsen	1 30		Tauben	14					
Linzen	3		Heu pr. Zentner	80					
Erbsen	3 20		Stroh	60					
Fisolen	4 50		Holz, har, Kstz.	7 50					
Rindschmalz, Pfd.	50		weich	5 50					
Schweineschm.	45		Wein, rother, pr.						
Speck, frisch	38		Eimer	10					
geräuch.	40		weißer, "	12					

Gedenktasel

über die am 9. September 1868 stattfindenden Recitationen.

3. Feilb., Strejz'sche Real., Kleingupf, 1525 fl., BG. Laibach. — 1., 2., 3. Feilb., Mauser, Aker Zupenca, Kofevje, 320 fl., BG. Großschitz. — 1. Feilb., Deber'sche Real., Dntz, 1010 fl., BG. Oberlaibach. — 1. Feilb., Malil'sche Real., Loze, 6570 fl., BG. Wippach. — 3. Feilb., Seretina'sche Real., Malilbril, 1747 fl. 60 kr., BG. Stein. — 1. Feilb., Benedig'sche Real., Selzsch, 1872 fl., BG. Lad. — 3. Feilb., Rems'sche Real., Godic, 1558 fl., BG. Stein. — 2. Feilb., Ventau'sche Real., Alendorf, BG. Adelsberg.

Briefkasten der Redaction.

Herrn A. V. r in Triest: Ihre Zuschrift erhalten und lebhaft bedauert, trotz der gewissenhaftesten Expedition sind uns schon mehrere derartige Fälle vorgekommen, übrigens haben wir bereits die entsprechenden Schritte zur Verhütung solcher Uebelstände eingeleitet.

Wiener Börse vom 4. September.

Staatsfonds.	Gold	Ware	Gold	Ware
5perc. österr. Währ.	55.40	56.60	Deft. Hypoth.-Bant	96. — 96.50
etc. v. 3. 1866	58.90	59. —	Prioritäts-Oblig.	
etc. National-Anl.	62.40	62.50	Österr. Gef. zu 500 fr.	97.40 97.60
etc. Metalliques	57.90	58.10	etc. Bous 6 pCt.	212.25 212.75
Loose von 1854	77.50	78. —	Österr. (100 fl. Ö.M.)	89.50 89.75
Loose von 1860, ganze	84. —	84.10	Österr. (200 fl. Ö.M.)	81.50 81.75
Loose von 1860, Hälfte	92.25	92.50	Rudolfsh. (300 fl. Ö.M.)	81.90 82.30
Prämienfch. v. 1864	94.80	95. —	Frang.-Gef. (200 fl. Ö.)	86.50 86.75
Grundentl.-Obl.			Loose.	
Steiermark zu 5 pCt.	87. —	88. —	Credit 100 fl. Ö.M.	137. — 137.50
Kärnten, Krain			Don.-Dampfsch. Gef.	212.25 212.75
u. Küstenland 5	84. —	90. —	zu 100 fl. Ö.M.	92.50 93. —
Ungarn . . . 3/5	76.25	76.75	Triester 100 fl. Ö.M.	118. — 120. —
Kroat. u. Slav. 5	75.50	76.50	etc. 50 fl. Ö.M.	53. — 55. —
Siebenbürg. 5	71.50	72. —	Wiener 40 fl. Ö.M.	91. — 92. —
Actien.			Wüterbays fl. 40 Ö.M.	160. — 163. —
Nationalbank . . .	735. —	747. —	Salm . . . 40	37. — 38. —
Creditanstalt . . .	212.60	212.80	Walffy . . . 40	33.50 34. —
R. d. Compt.-Gef.	634. —	636. —	Starb . . . 40	32.50 33.00
Anglo-österr. Bant	165.50	166. —	St. Genois . . . 40	31. — 32. —
Deft. Bodencred.-A.	193. —	194. —	Windischgrätz 20	20. — 21. —
Deft. Hypoth.-Bant	68. —	70. —	Wallstein . . . 20	21. — 22. —
Steier. Compt.-Bf.	213. —	220. —	Regelbach . . . 10	14.50 15.50
Kais. österr. Nordb.	1857	1860	Rudolfsh. 10 fl. Ö.M.	14.75 15.25
Österr.-Bodencred.	188.80	187. —	Wechsel (3 Mon.)	
Kais. Elisabeth-Bahn	160.75	161. —	Augsb. 100 fl. südd. W.	95.25 95.50
Carl-Ludwig-Bahn	209. —	209.50	Frankf. 100 fl.	95.30 95.60
Siebenb. Eisenbahn	149. —	149.50	Vondon 10 Pf. Sterl.	114.70 114.80
Kais. Franz-Josef-B.	160.75	161.25	Paris 100 Francs	45.35 45.35
Häussl.-Parcier C.-B.	162.75	163.25	Münzen.	
Alföld-Stam. Bahn	150. —	150.50	Kais. Münz-Ducaten	5.43 ⁵ 5.44 ⁵
Pfandbriefe.			ung. Pöb.-Creditanst.	9.12 ⁵ 9.13 ⁵
Ration. 5 W. verlobb.	97.80	98.20	Österr. Hypoth.	1.67 1.68
ung. Pöb.-Creditanst.	92. —	92.25	Silber	112.50 112.60
Augsb. Pöb.-Credit.	101. —	101.50		
etc. in 33 d. rüch.	84.25	84.50		

Im
Schweizerhause bei Tivoli
findet **Sonntag, 6. d. M.,** Nachmittag ein
CONCERT
von der
Regimentsmusik Graf Huny Nr. 79
statt.
Anfang 4 Uhr. Entree 10 Kr. Kinder frei.
Zum zahlreichen Besuche ladet ergebenst ein
Johann Oswald.
(21)

Eingefendet.
Um dem zirkulirenden Gerüchte, Herr Heinrich Novak habe in dem an mich gerichteten Schreiben mir nicht getündigt, sondern nur mit Klüchtigkeit gedroht, die beabsichtigte Wirkung zu benehmen, lasse ich den Wortlaut des be-

treffenden Schriftstückes, dessen Original bei der Redaction des „Tagblattes“ erliegt, zur öffentlichen Beurtheilung hier folgen:

Laibach, 31. August 1868.
Herrn Franz Ersfeld hier.
Es hat sich schon seitdem ereignet daß Ihr Kellerbursch meine Hunde auf den Wallis Knaben gehängt derart das der Hund den Knaben biß, wo ich hätte genug Verdruß haben können, ich wollte nicht direct Ihnen erzählen und sich beschweren ich sagte bis Ihrer Frau Gemahlin mit den Bemerkungen den Knaben vorkaufschaffen Ich fand dieses rechtliche Erfuchen nicht erfüllt, und habe heute wieder Gründe mich sehr zu beschweren über den Knaben.
Um aber ich für weiterhin keine Unangenehmlichkeiten und Aergern zu haben, so bin ich mir geneigtigt Ihnen zu künden d. h. von Michael 1868 bis Georgi 1869 meine Localitäten zu räumen, in dieser Zeit aber ja keinen Stein nicht umzuändern, so wie sich dieser Zeit hin Pflüchtichuldigt zu benehmen Zu welcher Erwartung mit Achtung zeichne
(20) He in r: Kovak.
Franz Ersfeld.

In Gaißer's Bierhalle.
Morgen Sonntag, 6. September:
Erste große
Zauber-Soirée
des rühmlichst belamnten Zauberkinstlers
Ludwig Samon.
Neußerst interessantes und unterhaltendes Programm.
Anfang 5 Uhr. — Entree nur 10 Kr.

Vinc. Woschnagg
Hauptplatz Nr. 237 in Laibach,
hat hiemit die Ehre, einem hohen Adel und p. t. Publikum sein reichsortirtes Lager in
Pofamentirwaaren & Kleider-Anspuz-
gegenständen
für die Herbstsaison höchlichst zu empfehlen. Als Neuestes:
Agreements-Balerie.
Ferner eine schöne Auswahl in Atlas-Baden, Flechten und Borten, Fransen, Spitzen, feinsten Besatzstücken, Schnüren, Atlas-, Sammt-, Glas- und Metall-Knopfen u. Agraffen zc. zc.
Sammt- und Seidenbänder
alle Breiten und Farben.
Alle Arten Nähfaden, sowohl für Hand- als Maschin-Arbeiten. Berliner und Haras-Wolle, Futter und Weißwaare.
Reelle Bedienung! Billige Preise!

Gut Sdusch
bei Stein in Krain
ist aus freier Hand unter für den Käufer günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Dieses Gut, bestehend aus **22 Joch** schlagbaren Hochwaldes, über **4 Joch Ackerlandes**, **11 Joch** üppigen **Wiesen**, einem **Kunstgarten**, dann aus einem im guten Bauzustande befindlichen **Gutsgebäude** mit **7 geräumigen Zimmern** nebst **Wirtschaftsgebäuden**, ist **eine halbe Stunde Weges von der Stadt Stein** in einer der reizendsten und gesundesten Gegenden Krains gelegen und wegen der reinen Luft für den schönsten und angenehmsten Sommeraufenthalt vorzüglich geeignet.
Anskünfte hierüber ertheilt aus Gefälligkeit Herr Paul Auer, Theatergasse S. Nr. 39. (18-1)

Prioritäten der k. k. privil. Kronprinz-Rudolfsbahn
in 54 Jahren al pari rückzahlbar;
5 1/2 % Pfandbriefe der österr. Hypothekenbank
in 10 Jahren rückzahlbar
verkauft stets zum Wiener Original-Tageskurse
L. C. Luckmann.